

**Abschlussklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des
Gesprächs „Eignungskriterien für beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer“
am 09. August 2012 in Kassel**

**Eignungskriterien für beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer
– ein Papier der Verbände im Betreuungswesen¹,**

Der betreute Mensch hat Anspruch auf eine qualifizierte, seinem vom Gericht festgestellten Bedarf entsprechende Betreuung, unabhängig davon, ob diese ehrenamtlich oder beruflich geführt wird. Für ehrenamtliche und für berufsmäßig tätige Betreuerinnen und Betreuer gelten allerdings unterschiedliche Rahmenbedingungen. Die Entwicklung von Eignungskriterien für berufsmäßig tätige Betreuerinnen und Betreuer hat dabei besondere Bedeutung auch für die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung bei der Begleitung und Beratung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer sowie Bevollmächtigter durch Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden.

**1. Gemeinsame Eignungskriterien für ehrenamtlich und beruflich tätige
Betreuerinnen und Betreuer**

Voraussetzung für die Bestellung einer natürlichen Person zur Betreuungsführung ist deren Eignung. Die in Betracht kommende Person muss zum einen geeignet sein, die Angelegenheiten der Betreuten (rechtlich) zu besorgen; sie muss andererseits geeignet sein, die Betreuten in dem hierfür erforderlichen Umfang persönlich zu betreuen (Bienwald /Sonnenfeld/Hoffmann 2011, S.198).

1.1 Grundsätzliche Eignung für eine Betreuertätigkeit

Die Betreuerin und der Betreuer sollen folgenden persönlichen Anforderungen entsprechen:

- über unbeschränkte Geschäftsfähigkeit verfügen,
- in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben,
Die beruflich tätige Betreuerin und der beruflich tätige Betreuer haben nach § 1897 Abs.7 S.2 BGB durch Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis und durch Vorlage eines Führungszeugnisses einen Nachweis vorzulegen. Für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer fehlen entsprechende Regelungen im Gesetz. Soll der Aufgabenkreis Vermögenssorge übertragen werden, wird empfohlen, eine Erklärung von der Betreuerin oder dem Betreuer einzuholen, dass keine Vorstrafen vorliegen, keine Verfahren anhängig sind, keine Eintragungen im Schuld-

¹ Die folgenden Aussagen gelten für alle berufsmäßig tätigen Betreuerinnen und Betreuer, also sowohl für selbständig tätige Berufsbetreuerinnen und -betreuer als auch bei Vereinen und Behörden angestellte Betreuerinnen und Betreuer. Bei Vereins- und Behördenbetreuerinnen und -betreuern ergeben sich hinsichtlich der Eignungsvoraussetzungen und Pflichten im Einzelfall Unterschiede aufgrund arbeits- und dienstrechtlicher Verantwortlichkeiten.

nerverzeichnis (Verzeichnis nach § 915 ZPO) bestehen und keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.

- über die notwendigen Fähigkeiten zu förmlichem Schriftverkehr und zur Dokumentation der Betreuungsarbeit verfügen,
- in der Lage sein, die sich aus einer Betreuung ergebenden Daten zu sichern (Aktenverwahrung) und den Datenschutz einzuhalten,
- telefonische und persönliche Erreichbarkeit sicherzustellen (keine Postfachadresse),
- bereit sein, sich für die Wahrnehmung der Aufgabe zu informieren und fortzubilden, mit Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten und erforderlichenfalls professionelle Beratung und die Dienstleistungen von Fachleuten in Anspruch zu nehmen.

Sofern für die Besorgung einzelner Angelegenheiten spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind, soll die Betreuerin und der Betreuer bereit und in der Lage sein, Fachleute (Ärztinnen/Ärzte, Steuerberaterinnen/Steuerberater usw.) hinzu zu ziehen bzw. sich zwecks Beratung an Betreuungsgericht, Betreuungsverein, Betreuungsbehörde bzw. Sozialleistungsträger zu wenden. Insgesamt ist für die Qualitätssicherung im Betreuungswesen eine Zusammenarbeit der Akteure sicherzustellen. Besondere Bedeutung kommt dabei den Arbeitsgemeinschaften auf örtlicher und Landesebene zu.

- in keiner Interessenskollision bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben (§§ 1908i Abs.1 S.1, 1795 BGB) und
- in keinem Abhängigkeitsverhältnis zur Einrichtung, in der die betreute Person untergebracht ist oder wohnt (§ 1897 Abs.3 BGB) stehen.
- Soweit sie Beamte oder Religionsdiener sind, verfügen sie über die Erlaubnis zur Übernahme der Betreuung (§§ 1908i Abs.1 S.1, 1784 Abs.1 BGB). Vereins- und Behördenbetreuerinnen und -betreuer benötigen vor der Bestellung die Einwilligung des Anstellungsträgers (vgl. 1897 Abs. 2 BGB)

1.2 Auf den Einzelfall bezogene Eignungsvoraussetzungen

Die Betreuerin und der Betreuer sollen folgende auf den Einzelfall bezogene Anforderungen erfüllen:

- Sie sollen die Voraussetzungen erfüllen, dass sie den sich aus dem Gebot der persönlichen Betreuung ergebenden persönlichen Kontakt tatsächlich im erforderlichen Umfang pflegen und wichtige Angelegenheiten mit der betreuten Person besprechen können (§ 1901 Abs.2 und 3 BGB). Dies setzt bei Angehörigen und langjährigen Vertrauenspersonen nicht immer Ortsnähe voraus.
- Sie sollen den besonderen Anforderungen an ihre Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit genügen können, welche sich aus der Behinderung, der kulturellen Herkunft und anderen Eigenheiten des betreuten Menschen ergeben, damit

sie den Wünschen und Vorstellungen der betroffenen Person im Rahmen ihres gerichtlichen Auftrags entsprechen können.

- Sie sollen die notwendige Bereitschaft aufbringen, im Rahmen ihres Aufgabenspektrums Maßnahmen zur Rehabilitation zu veranlassen und ggf. die Aufhebung der Betreuung zu beantragen.

2. Besondere Anforderungen an beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer

Für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit als Betreuerin oder als Betreuer sind weitgehende Anforderungen an eine ehrenamtliche Betreuung zu stellen. Berufsmäßig tätige Betreuerinnen und Betreuer haben über die notwendigen Fachkenntnisse zu verfügen, um für ein weites Spektrum von Betreuungen zur Verfügung zu stehen. Beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer ohne geeignete Fachkenntnisse sind daher als nicht ausreichend qualifiziert anzusehen, um diesen Anforderungen entsprechen zu können.

Für berufsmäßig tätige Betreuerinnen und Betreuer sind eine gemeinsame Berufsordnung sowie berufsethische Grundsätze im Hinblick auf deren Ausgestaltung und Grundlage zu entwickeln. Hiervon unberührt sind verbindliche Kriterien und Maßgaben der Anstellungsträger von Vereins- und Behördenbetreuerinnen und -betreuern.

Die Eignung für die berufsmäßige Betreuertätigkeit folgt für jede einzelne Bewerberin, jeden Bewerber aus einer Gesamtwürdigung der Persönlichkeit und ihren fachlichen Fähigkeiten. Diese werden aufgrund der jeweiligen Berufsausbildung und Lebenserfahrungen entwickelt.

Nicht nur an die Betreuerinnen und Betreuer sind hohe Anforderungen zu stellen, dieses gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsbehörden. Die entsprechenden zeitlichen und fachlichen Ressourcen müssen ebenso in der Betreuungsbehörde zur Verfügung stehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsbehörden sollten ebenfalls über mehrjährige Berufserfahrung verfügen und sich entsprechend fortbilden.

Das Verfahren der Auswahl von beruflich tätigen Betreuerinnen und Betreuern soll transparent und nachvollziehbar sein. Das gilt auch hinsichtlich des zugrunde gelegten Anforderungsprofils, des Auswahlverfahrens, der Bedarfsplanung wie auch der verwaltungsmäßigen Bearbeitung durch die Betreuungsbehörde.

2.1 Voraussetzungen für die Aufnahme der Tätigkeit der beruflichen Betreuungsführung sollten insbesondere folgende Kriterien sein:

- Eine geeignete abgeschlossene Ausbildung oder ein geeignetes abgeschlossenes Hochschulstudium, wobei ein Hochschulstudium wünschenswert ist. Nach den bisherigen Erfahrungen geeignet erscheinen Abschlüsse in der Sozialarbeit

oder Sozialpädagogik, Behindertenpädagogik, Psychologie, Jura, Verwaltungswirtschaft, Betriebswirtschaft, Erziehung und zu pflegerischen Berufen.

- Eine zusätzliche Qualifikation für die Aufgaben einer Betreuerin oder eines Betreuers, wie sie als modularisiertes Konzept von den Berufsverbänden und dem Betreuungsgerichtstag entwickelt und von Crefeld, Fesel und Klie (BtPrax 2004) beschrieben worden ist (siehe Abschnitt „Modularisiertes Qualifikationskonzept für beruflich tätige Betreuer“).
- Eine mindestens dreijährige Praxis im Ausbildungsberuf vor Aufnahme der beruflichen Betreuertätigkeit.
- Eine ausreichende Einarbeitung in die Berufspraxis als rechtliche Betreuerin oder, rechtlicher Betreuer.
- Die Bereitschaft zu regelmäßiger Fortbildung.
Nach Aufnahme der Betreuung sollte eine kontinuierliche Fortbildung stattfinden. Die beruflich tätigen Betreuerinnen und Betreuer sollten sich verpflichten, sich fortlaufend fort- und weiterzubilden, insbesondere in den Gebieten, die nicht ihren ursprünglichen beruflichen Qualifikation entsprechen. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Reflexion des eigenen Handelns, z.B. durch Supervision, Fallbesprechungen und kollegialen Austausch
- Mit Beginn der Tätigkeit als beruflich tätige Betreuerin oder beruflich tätiger Betreuer sollte ein Büro oder eine büroähnliche Organisation vorhanden sein. Die Betreuerin oder der Betreuer muss über einen eigenen Arbeitsplatz mit einem abgeschlossenen Büro und der Möglichkeit für störungsfreie Gespräche verfügen.
- Sie müssen über geeignete Arbeitsmittel (PC, Fax, Telefon, Anrufbeantworter, Betreuungssoftware, Fachliteratur) verfügen. In Abhängigkeit von den örtlichen Bedingungen haben die Betreuerinnen und die Betreuer ihre Mobilität sicherzustellen.
- Sie müssen ihre telefonische und persönliche Erreichbarkeit und eine Vertretung im Falle von Urlaub und Krankheit sicherstellen.
- Das Büro muss so ausgestattet sein, dass eine sichere Aufbewahrung von Akten und ggf. von Vermögenswerten sowie die Sicherung elektronischer Daten gewährleistet ist. Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind über die Beachtung der Schweigepflicht zu belehren.
- Die Betreuerinnen und Betreuer haben für den Fall von Haftungsansprüchen über eine Versicherung in einem angemessenen Umfang zu sorgen. Im Hinblick auf mögliche Haftungsfragen sollten die Betreuerinnen und Betreuer auch bei Beendigung ihrer Tätigkeit die Aufbewahrung der Betreuungsakten sicherstellen.
- Es sollte bei Beginn der Betreuungstätigkeit die Bereitschaft zu einer mehrjährigen Übernahme von Betreuungen geplant sein. Dabei wäre eine Orientierung an der gängigen Überprüfungszeit von Betreuungen (derzeit sieben Jahre) wünschenswert.

2.2 Modularisiertes Qualifikationskonzept für beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer

Nachdem beide Berufsverbände 2003 den Beschluss gefasst hatten, ein einheitliches Berufsbild anzustreben, erarbeiteten sie mit dem Betreuungsgerichtstag zusammen ein Curriculum, welches das Berufsbild prägen soll. Das Ergebnis wurde 2004 publiziert (Crefeld, Fesel und Klie, BtPrax 5/2004: 168-173). Die seither entstandenen oder geplanten Masterstudiengänge vom Typ „Beratung, Unterstützung und soziales Recht“, die im Wesentlichen diesem Konzept folgen, wurden auf dem 12. Betreuungsgerichtstag von Vertreterinnen und Vertretern dieser Verbände als Bereicherung für die Praxis im Betreuungswesen bezeichnet (Betrifft: Betreuung 11, S.204-206).

Eine modularisierte Weiterqualifikation erscheint für Absolventinnen und Absolventen verschiedener Hochschulstudiengänge als eine geeignete Basis für eine Regelung des Zugangs zum Betreuerberuf. Die bereits in der o.g. Publikation von Crefeld, Fesel und Klie skizzierten Studieninhalte sollen dem hochschulpolitischen European Credit Transfer System (ECTS) entsprechend in Form von Studienmodulen definiert werden. An einer Zulassung zum Betreuerberuf Interessierte würden dann aus ihrem Studium z. B. der Sozialen Arbeit, des Rechts, der Verwaltungswissenschaft usw. einen Teil der für das Curriculum geforderten Credit Points bereits vorweisen und würden die ihnen fehlenden CPs in entsprechenden Angeboten von Hochschulen oder entsprechend anerkannten Weiterbildungsinstitutionen hinzu erwerben.

Das in Studienmodule zu unterteilende Qualifikationskonzept geht von sechs Kompetenzbereichen aus, die hier nur knapp skizziert werden:

1. Rechtliche Grundlagen der Betreuungsarbeit
Betreuungsrechtliche und sozialrechtliche Grundlagen, zivil- und öffentlich-rechtliche Grundlagen für die Betreuungsarbeit, Patienten- und Bewohnerrechte, Unterbringung und unterbringungsähnliche Maßnahmen.
2. Betreuungsarbeit mit behinderten und kranken Menschen
Kenntnis von Ursachen und möglichen Entwicklungen bei Menschen mit demenziellen Beeinträchtigungen, geistiger Behinderung, affektiven und schizophorenartigen Beeinträchtigungen, Suchtstoffabhängigkeit oder erheblicher Kommunikationsbeeinträchtigung aufgrund verminderten Fähigkeiten der Sinnes- oder Bewegungsorgane, sowie therapeutischen Lösungsansätzen.
3. Verhaltens- und sozialwissenschaftliche Grundlagen der Arbeit mit beratungs- und unterstützungsbedürftigen Menschen
Menschliche Entwicklung und menschliches Verhalten, Bedeutung der sozialen und kulturellen Umwelt des Menschen (z.B. Alter, soziokulturelle Differenzen infolge z.B. Migration).
4. Kenntnisse und Fähigkeiten für methodisch qualifizierte Beratungs- und Unterstützungsarbeit
Grundlagen methodischen Handelns in der Betreuungsarbeit, Gesprächsfüh-

rung und Beziehungsgestaltung, Diagnostik des Unterstützungsbedarfs, Hilfeplanung und Gestaltung des Betreuungsprozesses.

5. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen
Kenntnis der gesundheits- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen (Netzwerke, Sozialleistungsträger, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Versorgungsinfrastruktur) betriebswirtschaftliche Grundlagen für Tätigkeiten im Betreuungswesen einschließlich professioneller Arbeits- und Büroorganisation, Vermögensverwaltung, Schuldenregulierung.
6. Berufliche Identität und berufsethische Grundsätze der Betreuungsarbeit.

Die Weiterentwicklung dieser Inhalte bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Betreuungspraxis und Sozialarbeitswissenschaft.

Die Unterzeichnenden verpflichten sich, für die Empfehlung zu werben und sich in ihren Bereichen für die Umsetzung der Empfehlung zu engagieren.

Betreuungsgerichtstag (BGT e.V.)

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Bundeskonzferenz der Betreuungsvereine (BuKo)

Bundesverband der Berufsbetreuer/innen (BdB e.V.)

Bundesverband freier Berufsbetreuer (BVfB e.V.)